

Manfred Wilke

Es begann in Dresden: Politik gegen den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ - die SED in der Interventionskoalition

Vortrag, 30. Mai 2008, Österreichischer Historikertag in Innsbruck

I. Die Machtfrage

Die tschechoslowakischen Kommunisten überraschten ihre „Bruderparteien“ im sowjetischen Imperium im Frühjahr 1968 mit ihren Reformplänen. Die Beziehungen zu den regierenden kommunistischen Parteien war eine Aufgabe der jeweiligen Parteiführer. Walter Ulbricht, der Erste Sekretär des ZK der SED, war gegenüber diesem „Prager Frühling“ voller Misstrauen. Die Veränderungen interessierten ihn vor allem unter einem politischen Gesichtspunkt: Dienten sie dem Machtmonopol der KPC oder nicht? Da die Reformen der KPC das politische System und die Zentralverwaltungswirtschaft des Landes betrafen, berührten sie in der Tat Kernbereiche ihres Machtmonopols.

Schon im März 1968 stand für die SED-Führung fest, dass diese Reformen zur „Konterrevolution“ führten. Dieses Schlüsselwort wurde von Kommunisten benutzt, um die Gefahr eines Systemwechsels in einer sozialistischen Gesellschaft zu charakterisieren. Um einen solchen Wechsel in der CSSR zu

verhindern, beteiligte sich die SED aktiv an der sowjetischen Interventionspolitik zur Restauration der Diktatur.

Dieser Vortrag konzentriert sich auf den politischen Entscheidungsprozess in der SED-Parteiführung und ihr Agieren in der Interventionskoalition gegen die Reformkommunisten in Prag und zwar auf die erste Phase, die mit der Dresdener Konferenz im März 1968 endet. In Dresden wird gegenüber der tschechoslowakischen Führung das politische Ziel der Restauration des Machtmonopols der KPC formuliert.

Die SED selbst handelte in enger Abstimmung mit der KPdSU, dies entsprach ihrem Selbstverständnis und dem Status der DDR als Satellitenstaat der Sowjetunion. Die KPdSU verfolgte 1968 gegenüber der CSSR vorrangig ein politisches Ziel: Es galt, das durch die Reformen erodierende Machtmonopol der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu restaurieren. Aus sowjetischer Sicht ging es nicht um die Okkupation dieses Landes, sondern nur um den Schutz des Sozialismus in einem „Bruderstaat“. Dieses Ziel formulierte der sowjetische Generalsekretär Leonid I. Breschnew bereits auf dem Dresdener Treffen im März gegenüber Alexander Dubcek. In dem berüchtigten „Einladungsbrief“ von Vasil Bilak und vier weiteren Mitgliedern des Präsidiums der KPC vom August an Breschnew wird genau dieses Ziel offen formuliert: "Das Wesen des Sozialismus selbst ist in unserem Land in Gefahr." Mit dieser Phrase wurde das Machtmonopol der kommunistischen

Partei umschrieben, auf das die Reformer der Partei bewusst verzichten wollten. Um es zu behaupten, benötigte der dogmatische Flügel die Hilfe von außen: „Nur mit ihrer Hilfe können wir die CSSR vor der drohenden Konterrevolution retten.“

Dieses politische Ziel erklärt auch das Procedere der Abstimmung über die Entscheidungen der KPdSU mit vier ihrer „Bruderparteien“ und die Funktion der internen Konferenzen. Es galt, Geschlossenheit im Warschauer Pakt zu organisieren und zu demonstrieren. Für den unvoreingenommenen Betrachter ist das ein Widerspruch in sich, die Politik und die beschlossenen militärischen Maßnahmen richteten sich gegen einen Mitgliedstaat, einer von ihnen, Rumänien, beteiligte sich nicht an dieser Interventionspolitik.

Moskau war 1968 längst nicht mehr das unbestrittene Führungszentrum aller kommunistischen Parteien, es gab vor allem den Streit mit der KP Chinas und den beiden größten westeuropäischen Parteien in Frankreich und Italien. Das Echo auf die Reformversuche in Prag war in der kommunistischen Weltbewegung gespalten. Die SED listete schon im April die Differenzierung unter den Kommunisten in dieser Frage auf.

Die Positionsbestimmung der SED zu den „tschechischen Ereignissen“ erfolgte immer mit Blick auf die Moskauer Linie und die internen Abstimmungskonferenzen. Sie bildeten im Ablauf der Krise die Zäsuren zwischen den einzelnen Phasen ihres Verlaufs:

In Dresden schlossen im März die „Fünf“ – die KPdSU, die SED, die BKP, die PVAP und die USAP - die Phase der Wahrnehmung der Reformen in der CSSR als drohende „Konterrevolution“ ab. Mit dem Ergebnis konfrontierten sie die Delegation der KPC. Im Mai in Moskau ging es den „Fünf“ um verstärkten äußeren Druck auf die Führung der KPC, um einen Abbruch der Reformen zu erzwingen. Im Juli dann in Warschau stand die Grundsatzentscheidung zur Intervention zur Debatte. In Moskau unterschrieben zwei Tage zuvor dem Einmarsch Walter Ulbricht, Todor Schiwkow, Wladislaw Gomulka und Janosch Kadar die Verpflichtung, ihre Staaten an der Intervention zu beteiligen. Nach der Invasion wurden in Moskau die Politik der Restauration zwischen KPdSU und KPC und die Stationierung sowjetischer Truppen in der CSSR verhandelt und von der KPdSU im Rahmen der „Warschauer Fünf“ abgestimmt.

II. „Konterrevolution“ in Prag?

Als das Jahr 1968 anbrach, befand sich der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht im Zenit seiner Macht. Die seit dem Berliner Mauerbau von 1961 geschlossenen Grenzen der DDR schufen ökonomische Planungssicherheit, die Massenflucht in den Westen war unterbunden. Die SED diskutierte über eine Reform der Steuerung der Planwirtschaft und eine neue Verfassung. Letztere sollte die Eigenständigkeit

des SED-Staates nach innen und nach außen unterstreichen. In der Verfassung bekam die „führende Rolle“ der SED in der DDR Verfassungsrang und musste so von allen Bürgern und gesellschaftlichen Institutionen respektiert werden. Die Verfassung gab die Perspektive eines vereinigten Deutschland nicht auf und bestimmte die DDR zum sozialistischen Kernstaat, der einem geeinten Deutschland seine zukünftige Entwicklung zeigen sollte.

Außenpolitisch hatte die DDR 1967 durch die Konferenz von 25 kommunistischen Parteien Europas in Karlsbad (Karlovy Vary) Rückendeckung für ihre Forderung nach internationaler Anerkennung als zweiter deutscher Staat bekommen. Im Westen und in den blockfreien Staaten verhinderte die Bundesrepublik diese Anerkennung seit ihrer Gründung 1949. Die SED bekam in Karlsbad die Zusicherung, dass künftig kein sozialistischer Staat diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnehmen würde, bevor diese nicht die DDR anerkannt hatte. Diese Vereinbarung war eine direkte Reaktion auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Rumäniens zur Bundesrepublik.

Mit Unterstützung der KPdSU errang die SED so einen außenpolitischen Erfolg. Sie hatte die Absicht der neuen Ostpolitik der großen Koalition in der Bundesrepublik vereitelt, die DDR im sozialistischen Lager zu isolieren.

Den Wechsel von Antonin Nowotny zu Alexander Dubcek an der Spitze der KPC im Januar 1968 beunruhigte die SED noch

nicht. Die Forderung von Ota Sik, einen neuen Maßstab für die Legitimation der Herrschaft der kommunistischen Partei einzuführen wurde leise vorgetragen und drang nicht sofort über die Grenzen. Er forderte, künftig „bessere Lebensbedingungen zu schaffen und die neuen sozialen Widersprüche zu lösen“, wenn dies die Partei nicht leiste, so bestehe die Gefahr, „dass die Menschen sich vom Sozialismus abzukehren beginnen.“ Um dies zu verhindern, forderte er, „die Partei soll[e] ihr Machtmonopol aufgeben“ und ihren Stil der Parteiarbeit gründlich ändern. „Unter den heutigen Bedingungen ist es nicht möglich und auch nicht nötig, dass die Partei den gesamten Macht- und Führungsapparat im Detail lenkt und kontrolliert.“ Damit hatte er den Grundgedanken der Reformer formuliert; künftig sollte nicht mehr die leninistische Parteikonzeption die Macht der Partei legitimieren, sondern die Lebensverhältnisse der Menschen im Sozialismus sollten künftig den Maßstab ihres Handelns bilden.

Alarmiert wurde die SED-Führung erst durch die Entwicklung der nächsten Monate: die Kaderwechsel auf allen Ebenen der Parteiorganisation, Novotnys Rücktritt als Staatspräsident, die Debatte über die Rehabilitierung der Opfer der Repression Anfang der fünfziger Jahre und vor allem durch die Aufhebung der Zensur und damit der Parteikontrolle über die Medien.

Ein wichtiger Baustein für die erste Positionsbestimmung des ZK-Apparates der SED im März war der Bericht des DDR-Botschafters in Prag. Peter Florin meldete nach Ost-Berlin: "Die

Aktivität der oppositionellen Kräfte hat sich in den letzten Tagen verstärkt und erhält zunehmend offen konterrevolutionäre Züge.“ (Dokument 0699) Die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen seien weitgehend in „gegnerischer Hand“, und die Medien würden somit zu Organisatoren der „Konterrevolution“. Das Schlüsselwort für die marxistisch-leninistische Perzeption des gefährlichen Charakters der Prager Reformpolitik war gefallen. Es war ein Begriff mit handlungsleitender Bedeutung. Der erste Satz des sowjetischen Schwarzbuches vom August 1968, mit dem die Intervention gerechtfertigt wurde, lautete: „Die Linie der Konterrevolution lief darauf hinaus, die führende Rolle der KPC zu liquidieren.“ Für die SED-Ideologen waren unter den Bedingungen der Systemkonfrontation zwischen Sozialismus und Imperialismus konterrevolutionäre Prozesse in sozialistischen Staaten immer ein Zusammenspiel zwischen „imperialistischer Aggression“ von außen und dem Hervortreten „feindlicher Kräfte“ in der sozialistischen Gesellschaft. Zu den wichtigsten Instrumenten der „Konterrevolution“ gehörte der ideologische Kampf gegen die regierende Kommunistische Partei. Auf dem Treffen in Dresden hielt Ulbricht mit Blick auf die Delegation der KPC eine Lektion über die Ursachen der tschechoslowakischen Krise. Am Beispiel der aktuellen Diskussion um die Freiheit in der CSSR dozierte er über die Wechselwirkungen zwischen den inneren und äußeren Faktoren eines konterrevolutionären Prozesses. Er betonte, dass die administrativen Fehler der KPC in der Vergangenheit

nicht im Rahmen der Politik einer marxistisch-leninistischen Partei intern korrigiert wurden, „sondern unter der Losung der absoluten Freiheit, des Übergangs von der Diktatur zur Freiheit usw. Aber, liebe Freunde, ihr seid doch nicht allein in Europa. Ihr habt an der Westgrenze den deutschen Imperialismus. Mit der absoluten Freiheit gibt es also für euch einige Schwierigkeiten. Der Gegner führt einen psychologischen Krieg. In diesem Augenblick die absolute Freiheit zu proklamieren, das wird für euch sehr teuer werden.“

Der „konterrevolutionäre“ Hauptangriff richtete sich aus dieser Perspektive immer gegen das Machtmonopol der kommunistischen Partei. In dem Bericht des DDR-Botschafters war eine die SED-Spitze besonders beunruhigende Nachricht: Die Geschlossenheit der Führung der KPC existiere nicht mehr, in ihr wirkten ein „offenes“ und ein „illegales Zentrum“.

Der Begriff „Zentrum“ hatte in der Parteisprache der Kommunisten eine blutige Bedeutung. Die Angeklagten der Moskauer Schauprozesse, die ab 1936 in Moskau stattgefunden hatten, wurden nach „Zentren“ unterschieden. Der erste Schauprozess gegen die alten Bolschewiki richtete sich gegen das „trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum“, im Januar 1937 wurde das „illegale sogenannte sowjetfeindliche trotzkistische Parallelzentrum“ abgeurteilt.

Das „illegale Zentrum“ in Prag 1968 war Florin in seiner personellen Zusammensetzung noch unbekannt. Das „offene“ bestand aus dem Planer der Wirtschaftsreformen Ota Sik, dem

Direktor des Fernsehens Jiri Pelikan, dem Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes Eduard Goldstücker und dem Schriftsteller Pavel Kohout. Die Differenzierungen in der neuen KPC-Führung wurden von Florin somit in den Verschwörungskonstruktionen der stalinistischen Schauprozesse wiedergegeben. Die Opfer der Schauprozesse in Prag zu Beginn der fünfziger Jahre sollten gerade rehabilitiert werden.

Am 15. März lud der sowjetische Generalsekretär Leonid I. Breschnew Alexander Dubcek zu einer Wirtschaftskonferenz der regierenden kommunistischen Parteien nach Dresden ein. Zuvor und parallel zum ZK der KPdSU trat das ZK der SED zusammen, um Position zu beziehen. Der Bericht des ZK-Apparates zur Entwicklung in der CSSR galt parteiintern als Sprachregelung und benannte kritische Punkte des Reformprozesses im Nachbarland: die Beseitigung der Zensur und die öffentlich erkennbaren Differenzierungen in der Parteiführung. Josef Smrkovsky, Ota Sik und Eduard Goldstücker wurden als Revisionisten charakterisiert. Bei Smrkovsky wurde seine Zielbestimmung der Reformen zitiert, Demokratie und Sozialismus zu verbinden, wie er es in einem Interview mit dem WDR geäußert hatte. Für die SED war die Forderung nach „Demokratisierung“ das Banner, unter dem die antisozialistischen Kräfte gesammelt werden sollten, eine taktische Verschleierung des eigentlichen Zieles: der Sturz des Sozialismus. Vor Dresden stand für die SED bereits fest: in

Prag erhob der alte sozialdemokratische Revisionismus in neuer Verkleidung ideologisch und politisch sein Haupt. Bereits zwei Tage vor der 5. ZK-Tagung übermittelte Rudolf Helmer einem Botschaftsrat der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin ihr für Moskau wichtigstes Ergebnis, das dieser notierte: „Er hob hervor, dass sie keine Geheimnisse vor den sowjetischen Genossen hätten und dass, wie er wüsste, die prinzipielle Beurteilung und der Zugang zu den Ereignissen in der CSSR seitens der Führungen von KPdSU und SED übereinstimmten.“ Ulbricht nutzte diese ZK-Tagung, um die neue Ostpolitik der SPD zu bewerten und sie in Verbindung zu bringen mit den Veränderungen in Prag. Für den SED-Chef war diese neue Ostpolitik eine Strategie der ideologischen „Aufweichung der sozialistischen Länder mit neuen Methoden und Forderungen, und das unter der Losung der Sicherheit in Europa, der Losung der ‚neuen Ostpolitik‘“. Für ihn suchte die SPD mit dieser Politik „Wege des Eindringens in die DDR zu finden, die DDR von innen aufzurollen, um das westdeutsche System des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit seiner Bundeswehr auf der Deutschland zu übertragen“. Das Ziel der deutschen Einheit war für ihn „der Hauptpunkt der Differenzen mit der sozialdemokratischen Führung“. Argwöhnisch registrierte Ulbricht daher alle Kontakte zwischen SPD und KPC in diesem Frühjahr.

III. Das Dresdner Tribunal im März 1968

Die Intervention im August begann mit einer Konfrontation im März in Dresden. Der von Dubcek geleiteten Delegation der KPC hielten die Führungen der KPdSU, der PVAP, der Ungarischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Bulgarischen Kommunistischen Partei und der SED vor, in der CSSR hätte ein konterrevolutionärer Prozess eingesetzt. Die Kommunistische Partei Rumäniens war bewusst nicht eingeladen worden. Alexander Dubcek wurde bei der Einladung getäuscht, glaubte er doch, mit seiner Delegation zu einer „Wirtschaftskonferenz“ zu fahren. Ulbricht als Gastgeber nannte dann einleitend das wirkliche Thema der Konferenz. Er bat Dubcek um Auskunft über die Pläne seines Zentralkomitees und die Vorbereitung des Aktionsprogramms der KPC. Er betonte das selbstverständliche Recht jeder kommunistischen Partei, ihre Politik selbst zu bestimmen, aber sei Partei wäre allein auf der Welt. „Und so können Entwicklungen in einem sozialistischen Land und die Beschlüsse einer Bruderpartei weitgehende Auswirkungen auf jede andere Partei und auch die Lage in Europa haben. Unser gemeinsamer Todfeind, der Imperialismus, schläft nicht.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Breschnew: „Das Gespräch wird sehr ernst sein; [...] Ich würde daher vorschlagen, keine Protokolle zu führen.“ Dubcek stimmte zu – und Ulbricht ließ aufzeichnen.

Dubcek musste zunächst unvorbereitet die Politik seiner Partei darlegen. Nach seinen Ausführungen begann die Konfrontation. Breschnew trug sein Urteil über die Vorgänge in der CSSR vor und erklärte unverblümt, in Dresden ginge es nicht um die Diskussion mit der KPC über die Reformen, sondern um die Abstimmung einer gemeinsamen Bewertung der Veränderungen in der CSSR. Vier Parteien folgten der von ihm vorgegebenen Linie. Die Frage an die Delegation der KPC war: Beugte sie sich diesem Urteil und änderte sie ihren Kurs?

Breschnews Schlüsselwort zur Lagebeschreibung in der CSSR hieß „Konterrevolution“, die von „einer ganzen Gruppe oder ganzen Zentren“ im öffentlichen Leben der CSSR organisiert wurde.

Er fragte Dubcek direkt, was er unter „Demokratisierung“ oder „Liberalisierung“ verstehe. „Habt ihr denn bis jetzt keine Demokratie?“ Für ihn waren die „Hauptprozesse“ der letzten Wochen:

„Öffentliche Attacken gegen das Zentralkomitee“ und eine „Verleumdung“ aller „Errungenschaften“ der letzten 25 Jahre und „ das wird dann in Westdeutschland, in Amerika, in Österreich, überall nachgedruckt“.

„Attacken gegen die führenden Kader der Partei, gegen die Regierung, gegen das Verteidigungsministerium, gegen das Innenministerium [...] Man schwärzt alles an.“ Die Konsequenz demonstrierte er am Beispiel des Außenministers David. „20 Jahre lang führte er den Kampf gegen den Imperialismus in Gemeinschaft und Übereinstimmung mit uns. [...] aber auch ihn hat man mit Dreck beworfen, um eine Grundlage für die ‚selbständige Außenpolitik‘ zu schaffen.“

Der antisozialistische Hintergrund all dieser Kampagnen schien für Breschnew kein Geheimnis: Er sah ihn in den Tendenzen eines „tschechischen Sozialismus“. Um dieses Urteil über die Gefahr eines Systemwechsels im Inneren zu unterstreichen, schob er die Frage nach: „Ja, was soll danach noch kommen?“ Was wolle der Gegner? Das sei die Schlüsselfrage im Kampf gegen die „Konterrevolution“. Er „handelt geschickt, sehr taktvoll und organisiert. Wir können nicht behaupten, dass heute in der Tschechoslowakei ein einziges Zentrum besteht. Vielleicht sind es mehrere Zentren. Aber alle Ereignisse - das muss man unterstreichen - vollziehen sich in den Kreisen der Intellektuellen, in den Kreisen der Jugend, aber nicht in der Sphäre, in der man eine starke Unterstützung für das Präsidium und das Zentralkomitee finden könnte, um gegen die Konterrevolution zu kämpfen. Das ist nämlich die Arbeiterklasse.“

5. Die Sorge über den möglichen Seitenwechsel der CSSR, der schon in der Frage nach einer eigenständigen Außenpolitik

anklang, wurde in Bezug auf den Warschauer Pakt als Frage wiederholt. Warum werde die Meinung verbreitet: „Unser Volk weiß nicht, was der Warschauer Vertrag für einen Inhalt hat, aber wenn unser Volk das wüsste, würde unser Volk sehr schnell aus dem Vertrag ausscheiden. Als ob das ein knebelnder Vertrag wäre für den Fall eines Krieges.“

In der Dresdner Debatte um die Eigenständigkeit sozialistischer Staaten und deren kommunistischer Parteien sowie die Verbindlichkeit des Warschauer Paktes bezog der sowjetische Ministerpräsident Alexej N. Kossygin unmissverständlich Position. Die Diskussionen in den tschechoslowakischen Medien über die Rolle der kommunistischen Partei und das Verhältnis zur Sowjetunion würden nicht nur weltweit beachtet, sie „gehen nicht nur das gesamte sozialistischen Lager an“, sondern betreffen die gesamte kommunistische Bewegung. Damit formulierte Kossygin den Grundgedanken der später sogenannten „Breschnew-Doktrin“ von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten. Für ihn diene die Dresdner Tagung der Unterstützung der KPC im Kampf gegen die „Konterrevolution“. Direkt an Dubcek gewandt, sprach er davon, dass hier „die Unterstützung für die Tschechoslowakei im Kampf um ein sozialistisches und kommunistisches tschechoslowakisches Land geschmiedet wurde, [...] denn die Sache der Tschechoslowakei ist unsere gemeinsame Sache, und wir überlassen diese Sache nicht unserem Feind, was uns das auch kosten möge!“

Die Ausführungen von Breschnew über die für die Kommunisten negative Berichterstattung in den Medien der CSSR spitzte Kossygin zu: Sie befänden sich „in den Händen des Feindes“.

Breschnew personalisierte den Begriff der „Konterrevolution“ und griff Josef Smrkovsky massiv an. Sein Sündenregister begann mit dem Interview im Westdeutschen Rundfunk. Breschnew zitierte: „Wir sind davon überzeugt, dass das, was wir unternehmen, ein Beispiel sein wird für die Genossen anderer sozialistischer Länder. Das hat er gesagt! Er versichert der Bundesrepublik, dass das, was sie tun, für alle ein Beispiel sein wird. Wir werden das machen und verwirklichen, und glauben, dass das interessant sein wird sowohl für die Sozialisten Deutschlands als auch für die Sozialisten anderer westlicher Länder, sagte er.“ Direkt an Dubcek gewandt, merkte der sowjetische Parteichef an, „[und Sie] geben ihm eine gute Einschätzung, ehrlich usw.“. Mit dem Beispiel Smrkovsky demonstrierte er zugleich die Führungsschwäche von Präsidium und ZK der KPC: „In der Parteipraxis ist es nicht üblich, dass irgendein Kohleminister oder Forstminister das ZK ersetzt und für die Bundesrepublik Interviews gibt, und zwar ein antisozialistisches, antikommunistisches Interview, für das man Millionen Dollar zahlen könnte. [...] Wie ist das, das ZK wusste nicht, dass es ein solches Interview gibt?“ Breschnews nächster Anklagepunkt war Smrkovskys Verhältnis zur Sowjetunion. „Der gleiche Smrkovsky sagt: Naja, was heißt, die Sowjetunion habe

100.000 Soldaten verloren, aber die Tschechen haben auch verloren, und warum? Die Partei hat so viele Fehler gemacht.“ Wieder an die Delegation der KPC gewandt, fällte er sein Urteil: „Das heißt, liebe Genossen, hinter Ihrem Rücken führt dieser von Ihnen gepriesene Politiker seine antisozialistische, antiparteiliche Tätigkeit durch“. Noch einmal zitierte er das WDR-Interview. Die Frage, was in der CSSR unternommen werde, beantwortete Smrkovsky aus Breschnews Sicht mit einer Kampfansage: „Vielleicht etwas, was noch keine kommunistische Partei gemacht hat, nämlich die Verbindung des Sozialismus mit der Freiheit“. Breschnew stellte klar, die KPdSU betrachte die Vorgänge in der CSSR nicht als „Experiment“, sondern als „durchdachtes Vorhaben“ - einen Systemwechsel herbeizuführen. Diese Auffassung wurde am Schluss seiner Rede sehr deutlich:

„Wir haben die Vollmachten unseres Politbüros, Ihnen, die Sie hier anwesend sind, die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, dass Sie an der Spitze in der Lage sein werden, die Ereignisse zu ändern und die sehr gefährliche Entwicklung zu verhindern. Wir sind bereit, Ihnen moralische, politische und demokratische Hilfe zu geben. Ich wäre sehr froh und glücklich – und unsere Partei wäre es auch –, wenn ich gleichzeitig auch die Unterstützung aller anderen Parteien, die hier anwesend sind, zum Ausdruck bringen könnte.“ Drohend merkte er an: „Wenn das aber nicht möglich ist oder wenn Sie das als falsch betrachten, dann können wir trotzdem gegenüber der

Entwicklung in der Tschechoslowakei nicht teilnahmslos bleiben. Wir sind miteinander verbunden durch Bande der Freundschaft, durch Verpflichtungen internationalistischer Art, durch die Sicherheit der sozialistischen Länder, durch die Sicherheit unserer Staaten.“

Das politische Ziel gegenüber der KPC war formuliert: Die KPC sollte ihr Machtmonopol in der Tschechoslowakei behaupten und die „Konterrevolution“ aus eigener Kraft niederschlagen. Um dieses Ziel durchzusetzen, hätte sie auf die Hilfe der KPdSU zählen können. Um es schließlich ohne und gegen sie durchzusetzen, erfolgte am 21. August der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes. Formuliert wurde das restaurative Ziel schon in Dresden.

Was alle von Dubcek erwarteten, wiederholte Wladislaw Gomulka als Leiter der polnischen Delegation: „Wir sind der Auffassung, dass es heute noch möglich ist, diesen Gefahren zu begegnen, ich würde sagen, auf friedlichem Wege zu begegnen, allerdings mit einer energischen Gegenoffensive, die unserer Meinung nach die Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gegen die konterrevolutionären Kräfte, gegen die reaktionären Kräfte unternehmen müsste.“

Die Hilfszusagen der PVAP, der SED, der USAP und der BKP bekam Dubcek sofort. Jede der Parteien übermittelte der KPC darüberhinaus spezifische Botschaften. Das Protokoll vermittelt den Eindruck einer durchdachten Inszenierung. Das begann mit dem „Geständnis“ des Angeklagten Dubcek, dem „Plädoyer“

Breschnews, dem die SED, die BKP, die PVAP und die USAP zustimmten, damit wurde eine einheitliche Linie konstituiert, sie wurde zum verbindlichen Interpretationsrahmen. Die PVAP und die USAP erinnerten die KPC dann an die Lehren aus den „konterrevolutionären Erfahrungen“ des Jahres 1956. Ungarns Parteichef Janos Kadar lieferte eine historische Analogie, um Breschnews Urteil zu unterstreichen: „dieser Prozess ist äußerst ähnlich dem Prolog der ungarischen Konterrevolution zu der Zeit, als sie noch keine Konterrevolution war. Das heißt, das ist der Prozess, der sich in Ungarn vom Februar 1956 bis Ende Oktober vollzog. Und wir bitten Sie, darüber nachzudenken.“

Die SED übernahm es, am deutschen Beispiel das Zusammenspiel von westlicher Einmischung und dem Auftreten der „Gegner“ im Lande zu zeigen und an den Kampf des sozialistischen Lagers gegen den Imperialismus zu erinnern. Ulbricht begann mit der besonderen Lage der DDR und der ideologischen Bedrohung durch die westdeutsche Berichterstattung über die Vorgänge in der CSSR. Er sprach von der „Anheizung des psychologischen Krieges“ und bezog sich explizit auf Breschnews Ausführungen zu Smrkovskys WDR-Interview. Das Lob der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur CTK für die Politik der SPD in ihrem Bericht über deren Nürnberger Parteitag war für Ulbricht Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, obendrein sah er darin die „Vertretung der Ideologie des westdeutschen

Imperialismus“. Der KPC kündigte er an, die SED werde nun zu all dem nicht länger schweigen, sondern öffentlich die „gegnerischen Argumente widerlegen“. Nach einer Lektion über die Ursachen der jetzigen Lage, die er im Versagen der ideologischen Arbeit in der KPC suchte, beschrieb er den aktuellen Nutzen, den der Westen propagandistisch aus der Entwicklung in der CSSR zog: „In einer Situation, wo wir alle daran interessiert sind, dass das sozialistische Lager und die Warschauer Vertragsstaaten einmütig auftreten, jetzt, wo der USA-Imperialismus mit der Globalstrategie in einer schwierigen Lage ist, ausgerechnet in dieser Situation fangt ihr an, eure eigene Partei zu diskriminieren, gebt ihr dem Gegner Material zur Kampagne gegen die sozialistischen Länder, und der westdeutsche Imperialismus nutzt das selbstverständlich aus und führt eine massive Kampagne.“ In seiner Analyse der neuen Taktik des Gegners, - er habe aus dem Fehlschlag der ungarischen „Konterrevolution“ gelernt - behandelte er die Bedeutung der Pressefreiheit für die künftige Entwicklung. Wenn sie so sei wie in der CSSR, wo ungehindert eine „Plattform der Konterrevolution in der gegenwärtigen Etappe“ publiziert werden könne, ohne dass dies unterbunden werde, dann führe die Pressefreiheit direkt „zur Konterrevolution“.

Ulbricht forderte von Dubcek, die KPC müsse in ihrem Aktionsprogramm „konkret sagen, was in der Vergangenheit war, was man korrigieren muss, wie man die Lage einschätzt, und welche Gefahren durch das revisionistische Auftreten

bestimmter Intellektueller entstanden sind. Die Parteiführung sollte sich an die Arbeiterklasse wenden“. Dubcek und seine Führung müssten öffentlich sagen, „welche Gefahren vorhanden sind“. Provozierend spitzte er die Frage zu: „Werden Sie auch den Mut haben zu sagen, dass es bei Ihnen konterrevolutionären Kräfte unter westlichem Einfluss gibt, die versuchen, ihre Geschäfte zu machen?“ Mit der Akzentuierung von Blockloyalität und Systemkonflikt vertrat Ulbricht immanent die deutschlandpolitischen Interessen der SED und versuchte so auch, Sonderverhandlungen der CSSR mit der Bundesrepublik über die Normalisierung der staatlichen Beziehungen vorzubeugen.

Die Dresdner Konferenz brachte für den Verlauf der tschechoslowakischen Krise eine Weichenstellung. Mit der Behauptung, die Haupttendenz der Entwicklung laufe seit dem Januar-Plenum der KPC auf die „Konterrevolution“ hinaus, gab die KPdSU die Lagebeurteilung vor. Unterstützt von der SED, der PVAP, der BKP und der USAP forderte sie von Dubcek und seiner Führung die Restauration des Machtmonopols der KPC und damit den Abbruch ihres Reformkurses, der in der Person von Smrkovsky stigmatisiert wurde. Dieses politische Ziel wurde danach nicht mehr revidiert. Als es von den „gesunden Kräften“ in der KPC aus eigener Kraft nicht mehr realisiert werden konnte, erfolgt der militärische Eingriff von außen. In jeder Phase vollzog die SED diese sowjetische Interventionspolitik uneingeschränkt mit.

